**ALLGEMEINE GESCHÄFTSBEDINGUNGEN DER PATRIOT GROUP, s.r.o.,
für außergerichtliche Eintreibung von Forderungen
geltend ab dem 15.06.2025**

I.

Grundlegende Begriffsbestimmungen

1. Für die Zwecke dieser Geschäftsbedingungen wird als **Mandatar (Auftragnehmer)**, die Gesellschaft PATRIOT GROUP, s.r.o. mit Sitz in Kpt. Jaroša 29, 911 01 Trenčín, Firmenbuchnummer 45 407 657, eingetragen im Handelsregister des Bezirksgerichts Trenčín, Abteilung Sro, Einlage-Nr.: 22660/R, verstanden.
2. Als **Mandant (Auftraggeber)** wird eine natürliche Person, eine natürliche Person - Unternehmer oder eine juristische Person bezeichnet, die Interesse am Abschluss eines elektronischen Mandatsvertrags bekundet hat, und mit der der Mandatar gemäß diesen Geschäftsbedingungen den Mandatsvertrag abgeschlossen hat.
3. Unter einer **Forderung** zum Zwecke der Geschäftsbedingungen ist jeder aus einem handelsrechtlichen oder zivilrechtlichen Verhältnis zwischen dem Mandanten und Dritten erwachsende geschuldete Betrag zu verstehen, den auf Grundlage dieses Vertrages der Mandant dem Mandatar zur Verwaltung und Einziehung einschließlich seines Zubehörs anvertraut.
4. **Dokumente** sind im Sinne der Geschäftsbedingungen sämtliche Rechnungen, Aufträge, Verträge, Lieferscheine und sonstige die Forderung betreffende Unterlagen zu verstehen, die den Rechtsanspruch auf die Forderung begründen oder sonst die rechtliche Relevanz der Forderung belegen, Dokumente, die abgeschlossen oder im schriftlichen oder elektronischen Verkehr zwischen dem Mandanten und dem Schuldner verwendet wurden, sämtliche Informationen über das Unternehmen des Schuldners, die die einzuziehende Forderung betreffen, sowie sämtliche Dokumente, die der Mandatar im Rahmen der Erfüllung des Mandatsvertrages vom Mandanten anfordert.
5. Unter einem **Vertrag** ist im Sinne der Geschäftsbedingungen ein elektronisch über das Portal www.patriogroup.eu gemäß §3 dieser Geschäftsbedingungen gesendeter Auftrag über die außergerichtliche Eintreibung von Forderungen, Abstimmung der Geschäftsbedingungen durch den Mandanten und die anschließende Annahme des Auftrags durch den Mandatar zu verstehen.

6. Als **Durchsetzung eines Anspruchs** im Sinne des Vertrages und der Geschäftsbedingungen wird jede Befriedigung der Forderung des Mandanten verstanden, die zum Erlöschen der Forderung führt, insbesondere, aber nicht ausschließlich in Form der finanziellen Entrichtung der Forderung oder eines Teils davon, der Befriedigung der Forderung durch Übertragung von Sachen, Rechten oder sonstigen Werten an den Mandanten und zwar vom Schuldner oder einer anderen Person, die seine Schuld für ihn befriedigt (z. B. Abtretung der Forderung, bzw. sonstiger Rechte, Tauschgeschäfte, Erbringung von Dienstleistungen usw.), der Übertragung der Forderung des Mandanten als Gläubiger in Form ihres Verkaufs, ihrer Aufrechnung oder in einer anderen Form, wenn der Mandant diese Forderung an einen Dritten überträgt und dadurch ihren Wert oder einen Teil ihres Wertes erwirbt, sowie andere Methoden der Befriedigung der Forderung zu verstehen.

II.

Vertragsgegenstand

1. Der Mandatar verpflichtet sich, für den Mandanten in dessen Namen und auf dessen Rechnung folgende Tätigkeiten auszuüben:
- a) Tätigkeiten, die auf außergerichtliche Eintreibung von Forderungen des Mandanten gerichtet sind (d.h. insbesondere aber nicht bedrängt auf persönliche Besuche, Versenden von Zahlungsaufforderungen, Abschluss von Vereinbarungen über Schulden Regelung, Vereinbarungen über Schuldumwandlung der Verbindlichkeiten, die Abfassung und der Abschluss von Zahlungskalendern, die Einrichtung von Sicherheitsinstitutionen, der Abschluss von Schiedsklauseln, die Übernahme von Bargeld, die Vermittlung bei der Einreichung von Klagen, Anträgen, Strafanzeigen und anderen notwendigen Handlungen gegenüber den Gerichten, gegenüber anderen im Strafverfahren tätigen öffentlichen Behörden und Stellen, die Durchführung detaillierter Lustrationen von Unternehmen, Bereitstellung von öffentlich zugänglichen Informationen und andere rechtliche und tatsächliche mit der Verwaltung und Eintreibung von Forderungen zusammenhängende Maßnahmen)
 - b) die Regelung sonstiger Geschäftsangelegenheiten gemäß den im Sondermandat des Mandanten festgelegten aktuellen Anforderungen
2. Der Mandant hat beim Vertragsabschluss dem Mandatar eine Liste von Forderungen und der mit der Tätigkeit verbundenen Unternehmen vorzulegen und zu bestätigen. Während der Rechtskräftigkeit und Wirksamkeit dieses Vertrages ist der Mandat berechtigt, dem Mandatar

weitere zu eintreibende Forderungen persönlich oder per E-Mail vorzulegen. Der Mandatar hat die so übergehenden Forderungen unverzüglich in die Liste der zu eintreibenden Forderungen aufzunehmen.

3. Der Mandatar wird die in Punkt 1 dieses Vertragsartikels genannten Angelegenheiten für den Mandanten ausschließlich persönlich erledigen. Der Mandatar ist jedoch berechtigt, die Rechtsanwaltskanzlei KONCOVÁ & PARTNERS, s.r.o. mit Sitz in Kpt. Jaroša 29, 911 01 Trenčín, Firmen-ID: 47 256 907, Lizenznummer 6373, mit der Einziehung von Forderungen zu beauftragen, d. h. sich für die Erfüllung des Gegenstands des Mandatsvertrags Dritter zu bedienen, denen der Mandant direkt eine Vollmacht erteilen kann, bzw. der Mandatar eine sog. Substitutionsvollmacht aufgrund einer schriftlichen Vereinbarung zu erteilen.

4. Der Mandant ist verpflichtet, dem Mandatar unverzüglich eine schriftliche Vollmacht zur Durchführung des Auftragsgegenstandes zu erteilen, die von einer zur Vertretung des Mandanten befugten Person unterzeichnet wird.

5. Zur Abtretung der Forderung des Mandanten zur gerichtlichen Geltendmachung, ist der Mandatar nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Mandanten berechtigt.

III.

Vertragsabschluss

1. Den Vertrag kann elektronisch über das Portal www.patriotgroup.eu oder schriftlich abgeschlossen werden.
2. Der Vertrag gilt mit der Unterschrift beider Vertragsparteien oder mit der Bestätigung des vom Mandanten auf dem Portal www.patriotgroup.eu aufgegebenen elektronischen Auftrags durch den Mandatar durch Übersendung einer elektronischen Bestätigung über den Abschluss des Mandatsvertrages als abgeschlossen. Der Mandant versendet den Auftrag dem Mandatar über das elektronische Portal. Aufgrund dessen erstellt der Mandatar ein Formular mit den Identifikationsdaten der Vertragsparteien, und sendet dieses Formular zusammen mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen elektronisch an die vom Mandanten angegebene E-Mail-Adresse. Mit der Zustimmung zum Formular und diesen Geschäftsbedingungen erklärt sich der Mandant bereit, einen Mandatsvertrag zu den in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen festgelegten Vertragsbedingungen abzuschließen. Auf Grundlage der Zustimmung der Vertragsbedingungen stellt der Mandatar eine elektronische Bestätigung über den Abschluss des Mandatsvertrages sowie die Allgemeinen Geschäftsbedingungen dem Mandanten zu. Der Mandatsvertrag zwischen den Vertragsparteien kommt hiermit zustande, und die

3. Vertragsparteien sind an die in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen festgelegten Vertragsbedingungen gebunden.

IV.

Vergütung

1. Die vertragsgegenständlichen Tätigkeiten werden vom Mandatar für den Mandanten gegen Entgelt ausgeführt. Die Vergütung für die Tätigkeiten setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen: dem Haupt- und Nebenbestandteil.

2. Der Hauptbestandteil der Vergütung für die vertraglich ausgeübte Tätigkeit vonseiten des Mandatars bestimmt sich nach einem Prozentsatz des eingetriebenen Betrags der eingetriebenen Forderung und wird für jeden Mandanten gesondert vereinbart und deren Abmachung wird beim Vertragsabschluss elektronisch kommuniziert. Der Mandant erhält nach Vertragsabschluss vom Mandatar eine Bestätigung über die Höhe des Hauptbestandteils der Vergütung. Der zusätzliche Bestandteil der Vergütung beträgt achtzig Prozent des eingezogenen Betrages der Vertragsstrafe, die mit dem Schuldner durch die Tätigkeit oder in direktem Zusammenhang mit der Tätigkeit des Mandatars bei der Eintreibung einer einzelnen Forderung des Mandanten vereinbart wurde. Mit der Vergütung sind alle angemessenen Aufwendungen des Vermittlers abgegolten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Vermittlung der vereinbarten Tätigkeit stehen, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist. Im Falle der Beendigung des Mandatsvertrages im Teil Eintreibung der Forderung, bzw. aller Forderungen, hat der Mandatar während der nächsten 6 Monate nach der wirksamen Kündigung des Mandatsvertrages Anspruch auf die vereinbarte Vergütung.

3. Dem Mandatar besteht der Anspruch auf eine Vergütung aus jedem eingezogenen Betrag der eingezogenen Forderung oder Vertragsstrafe im Zusammenhang mit der Forderung des Mandanten ab dem Datum des Vertragsabschlusses zu recht, durch Zahlung des Schuldners auf das Konto des Mandanten, auf das Konto des Mandatars oder durch Barauszahlung des Schuldners an den Mandanten oder Mandatar. Als Einziehung einer Forderung oder einer mit einer Forderung verbundenen Vertragsstrafe gilt jede Befriedigung der Forderung des Mandanten (mit der Folge ihres buchhalterischen Erlöschens), insbesondere, aber nicht beschränkt auf, in Form von:

- finanzieller Begleichung der Forderung oder eines Teils davon
- Befriedigung einer Forderung durch Übertragung von Sachen, Rechten oder sonstigen Werten an den Mandanten vom Schuldner oder einer anderen Person, die seine Schuld für ihn begleicht (z. B. Abtretung einer Forderung oder sonstiger Rechte, Tauschgeschäfte, Erbringung von Dienstleistungen usw.)
- Aufrechnung von Forderungen

➤ Übertragung der Forderung des Mandanten als Gläubigers durch Verkauf oder in anderer Form, wobei der Mandant diese Forderung an einen Dritten überträgt und dadurch ihren Wert oder einen Teil ihres Wertes erhält.

4. Der Mandant zahlt dem Mandatar die vereinbarten Vergütung auf Grundlage der vom Mandatar dem Mandanten vorgelegten Vergütungsabrechnung. Die Vergütung ist auf das Konto des Mandatars oder in bar auf Grundlage einer Rechnung zahlbar, die binnen 14 Tagen nach Rechnungsstellung zahlbar ist. Zur Vergütung kommt die Umsatz/Mehrwertsteuer gemäß den jeweils geltenden Steuergesetzen hinzu. Der Mandatar ist ferner berechtigt, den Hauptbestandteil der Vergütung mit der Forderung des Mandanten zu verrechnen, die sich aus der Verpflichtung des Mandatars, aus einzelnen Forderungen erzielten Beträge auf das Konto des Mandanten zu überweisen ergibt, um so die Kosten sowohl des Mandanten als auch des Mandatars zu eliminieren. Der Mandatar ist berechtigt, den zusätzlichen Vergütungsbestandteil mit der Forderung des Mandanten zu verrechnen, die ihm aus der Verpflichtung des Mandatars entsteht, dem Mandanten die aus den einzelnen Forderungen eingezogenen Beträge auf sein Konto zu überweisen. Der Mandatar sendet die Rechnungen dem Mandanten elektronisch an die E-Mail-Adresse, die der Mandant bei dem elektronischen Auftrag als Kontakt-E-Mail-Adresse angegeben hat, oder an eine andere E-Mail-Adresse, die der Mandant dem Mandatar zu diesem Zweck ermittelt. Dem Mandatar entsteht Anspruch auf die Vergütung dann, wenn der aus der eingezogenen Forderung geschuldete Betrag dem Konto des Mandanten gutgeschrieben oder in bar in dessen Kasse eingezahlt wird oder wenn ein anderes in Punkt 3 dieses Artikels genanntes Ereignis eintritt.

5. Bei Verletzung der Verpflichtung vonseiten des Mandanten, die Vergütung ordnungsgemäß und pünktlich an den Mandatar zu zahlen, hat der Mandatar Anspruch auf eine Vertragsstrafe in der Höhe von null Komma zwei Prozent des pro Tag des geschuldeten Betrages ab dem Tag nach dem Fälligkeitstag bis zur Entrichtung.

V.

Rechte und Pflichten des Mandatars

1. Der Mandatar hat bei der Abwicklung des Auftrags gemäß den vom Mandanten erteilten Weisungen mit gebotenen Sorgfalt vorzugehen und das Interesse des Mandanten zu wahren.
2. Der Mandatar ist verpflichtet, den Mandanten unverzüglich über alle Umstände zu informieren, die ihm bei der Abwicklung des Auftrags bekannt werden und die eine Änderung der Weisungen des Mandanten bewirken können.

3. Der Mandatar verpflichtet sich, alle Gegenstände, Gelder auf Bankkonto oder in bar sowie Urkunden, die er bei der Auftrags Erfüllung für ihn erlangt hatte, unverzüglich dem Mandanten auszuhändigen.
4. Der Mandatar verpflichtet sich, dem Mandanten auf dessen Anfrage Auskunft über den Stand der Ausführung des Vertragsgegenstandes zu erteilen.
5. Der Mandatar darf von den Weisungen des Mandanten nur dann abweichen, wenn dies im Interesse des Mandanten dringend erforderlich ist und der Mandatar dessen Zustimmung nicht rechtzeitig einholen kann.
6. Der Mandatar ist berechtigt, die Ansprüche des Mandanten im Wege eines Gerichts-, Schiedsgerichts-, Zwangsvollstreckungs- oder sonstigen Verfahrens nur nach vorheriger schriftlicher oder elektronischer Weisung des Mandanten geltend zu machen, wobei der Mandatar an den Inhalt dieser Weisung gebunden ist.

VI. Rechte und Pflichten des Mandanten

1. Der Mandat hat dem Mandatar die für die Durchführung seiner Tätigkeit erforderlichen Unterlagen entsprechend den individuellen Anforderungen des Mandatars zur Verfügung zu stellen.
2. Der Mandat hat dem Mandatar alle erforderlichen Mitwirkungshandlungen zu leisten, damit dieser die Abwicklung des Auftrags fristgerecht durchführen kann.
3. Der Mandant verpflichtet sich, für die dem Mandatar zur Verwaltung und Einziehung übertragenen Forderungen keinen Dritten mit der Durchführung von Tätigkeiten im Rahmen des Vertrages und dieser Geschäftsbedingungen zu beauftragen.
4. Der Mandant hat dem Mandatar über jede Änderung des Inhalts der übertragenen Forderung, bzw. der Person des Gläubigers sowie jede Zahlung oder Befriedigung oder Forderung oder eine mit der Forderung verbundene Vertragsstrafe innerhalb von 5 Tagen ab dem Datum, an dem diese Tatsache eingetreten ist, mitzuteilen. Der Mandatar ist berechtigt, schriftlich oder elektronisch den Mandanten aufzufordern, über den aktuellen ausstehenden Schuldbetrag sowie die Termine und Beträge etwaiger Teilzahlungen oder über die Gesamtzahlung der Forderung in Kenntnis zu setzen. Wird der Mandant binnen 10 Tagen nach Eingang der Anfrage vonseiten des Mandatars nicht beantworten, gilt die Forderung des Mandanten als vollständig beglichen.

5. Der Mandant hat mit dem Mandatar aktive Kommunikation zu führen, ihm Anweisungen zum weiteren Einziehungsverfahren zu geben, auf Anfrage des Mandatars, bzw. des Rechtsvertreters sämtliche Unterlagen zur übertragener Forderung vorzulegen, unverzüglich auf schriftliche oder elektronische Anfragen des Mandatars bzw. des Rechtsvertreters zu antworten, den Mandatar unverzüglich über etwaige Zahlungen zur Einziehung übertragenen Forderung zu informieren, aktuelle und wahrheitsgemäße Angaben zur Forderung vorzulegen, ihm, bzw. dem Rechtsvertreter nach Bedarf Vollmacht zu erteilen, den für die Rechtsvertretung anfallenden Vorschuss innerhalb der vom Rechtsvertreter gesetzten Frist zu zahlen und sonstige erforderliche Mitwirkungshandlungen so rechtzeitig zu erbringen, dass die weitere Einziehung der Forderung nicht gefährdet wird. Der Mandant ist verpflichtet, den Mandatar über seine Absicht, mit dem Schuldner ein Rechtsgeschäft mit der übertragenen Forderung abzuschließen, in Kenntnis zu setzen und dieses Geschäft bereits vor Abschluss eines solchen Geschäfts mit dem Mandatar abzustimmen, und das bevor er ein solches Geschäft abgeschlossen wird, um eine mögliche Nichteinziehung der Forderung zu vermeiden.

6. Der Mandant haftet für sämtliche Schäden, die dem Mandatar oder Dritten im Zusammenhang mit der Verletzung der Pflichten des Mandanten gemäß Punkt 5 dieses Artikels der Allgemeinen Geschäftsbedingungen entstehen werden, insbesondere durch Übermittlung falscher und wahrheitswidriger Angaben und Unterlagen, die sich zur einziehenden Forderung beziehen.

7. Der Mandant trägt sämtliche im Zusammenhang mit der gerichtlichen und vollstreckbaren Einforderung der Forderung anfallenden Kosten (Kosten für Rechtsvertretung, Gerichtsgebühren, Prozesskosten, Vollstreckungskosten und dsgl.) nach deren bisherigem nachweisbarem tatsächlichen Entstehen. Die betreffenden Kosten werden direkt von der Rechtsanwaltskanzlei KONCOVÁ & PARTNERS, s.r.o., mit Sitz in Kpt. Jaroša 29, 911 01 Trenčín, Firmenbuchnummer 47 256 907, Lizenznummer 6373, gegenüber dem Mandanten geltend gemacht. Die Rechtsanwaltskanzlei legt dem Mandanten eine Kostenberechnung für die Rechtsberatung, bzw. andere Kosten des Gerichts- oder Vollstreckungsverfahrens vor. Die Kosten für die Rechtsvertretung berechnen sich nach §§ 9 ff. der Verordnung Nr. 655/2004 Slg. über Anwaltshonorare und Vergütungen für die Erbringung von juristischen Dienstleistungen (tarifgemäßes Honorar), womit der Mandant einverstanden ist und durch den Abschluss des Mandatsvertrags sein Einverständnis mit der so vereinbarten Vergütung für juristische Dienstleistungen bestätigt. Die genannten Kosten werden gleichzeitig im Rahmen eines Gerichts- oder Vollstreckungsverfahrens vom Schuldner geltend gemacht und eingezogen. Werden die Kosten vom Schuldner eingezogen, bevor sie gegenüber dem Mandanten geltend gemacht werden, verbleiben diese Kosten für die Rechtsvertretung der Anwaltskanzlei und werden von dieser nicht mehr gegenüber dem Mandanten geltend gemacht.

9. Bei Verletzung der Verpflichtungen vonseiten des Mandanten gemäß diesem Artikel in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen festgelegten Pflichten ist der Mandant verpflichtet, dem Mandatar eine Vertragsstrafe in Höhe von zehn Prozent des Kapitals jeder einzelnen abgetretenen

Forderung zu zahlen. Gleichzeitig ist der Mandatar berechtigt, vom Mandatsvertrag zurückzutreten und der Mandant ist verpflichtet, dem Mandatar sämtliche Barauslagen zu erstatten, die dem Mandatar aufgrund der Tätigkeit aus diesem Vertrag entstehen und basierend auf der Kostenberechnung und der ausgestellten Rechnung.

10. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung dieses Vertrages (d. h. vor Ausschöpfung aller außergerichtlichen und gerichtlichen Mittel zur Geltendmachung der Forderung) aus Gründen, die der Mandant zu vertreten hat, ist der Mandant verpflichtet, sämtliche dem Mandatar aufgrund der Tätigkeit aus diesem Vertrag auf Grundlage der Kostenberechnung und der ausgestellten Rechnung entstandenen Barauslagen zu ersetzen.

VII. Vertragsschluss

1. Der Vertrag kann beendet werden:

- a) durch Vereinbarung der Vertragsparteien
- b) durch Kündigung
- c) durch Rücktritt vom Vertrag gemäß Punkt 9 Art. VI der Allgemeinen

Geschäftsbedingungen und bei Verletzung der Verpflichtung durch den Mandanten, dem Mandatar die vereinbarte Vergütung ordnungsgemäß und pünktlich zu zahlen.

2. Der Mandant oder der Mandatar können den Vertrag aus beliebigem Grund (oder ohne Angabe von Gründen) durch schriftliche Mitteilung mit einer Kündigungsfrist von 3 Monaten kündigen. Die Kündigungsfrist beginnt am 1. Tag des Monats, der auf den Tag der Zustellung der Kündigung an die andere Vertragspartei folgt. Die Vertragsparteien haben vereinbart, dass die Kündigung der anderen Partei per Post zugestellt werden muss.

3. Ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung ist der Mandatar verpflichtet, die gekündigte Tätigkeit nicht mehr fortzusetzen. Er ist jedoch verpflichtet, den Mandanten über die erforderlichen Maßnahmen aufmerksam zu machen, um den Eintritt eines Schadens zu verhindern, der dem Mandanten durch die Nichterfüllung der Tätigkeit unmittelbar droht. Für bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung ordnungsgemäß erbrachte Tätigkeiten bleibt der

Anspruch auf Kostenerstattung gemäß Artikel VI, Punkt 7 dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen bestehen.

4. Der Rücktritt vom Vertrag durch den Mandatar wird mit dem Tag der Zustellung des Rücktritts an den Mandanten wirksam. Nimmt der Mandant die Sendung nicht an, wird der Rücktritt vom Vertrag mit dem Tag der Rücksendung der nicht übernommenen Sendung an den Mandatar wirksam. Durch den Rücktritt vom Vertrag erlöschen weder Schadensersatzansprüche noch Vertragsstrafen oder sonstige Ansprüche, die ihrer Art nach auch nach Vertragsbeendigung wirksam bleiben sollen (z. B. Anspruch auf Vergütung für die Einziehung einer Forderung).

VIII.

Schlussbestimmungen

1. Der Mandant und der Mandatar haben vereinbart, dass sie außer den durch das Gesetz Nr. 244/2002 Slg. Gesetz über Schiedsgerichtsbarkeit (nachfolgend ZoRK/ZPO) ausdrücklich ausschließenden Streitigkeiten, gegenseitige Streitigkeiten, die zwischen ihnen im Zusammenhang mit dem Mandatsvertrag oder diesen Geschäftsbedingungen oder anderen Beziehungen aus der Vergangenheit entstanden sind oder künftig entstehen werden, einschließlich der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen die gesetzlichen Gesellschafter der Gesellschaft gemäß dem Handelsgesetzbuch, in einem Schiedsverfahren gemäß den Bestimmungen des ZoRK und dem materiellen Recht der Slowakischen Republik vor dem Schiedsrichter Dr. jur. Milan Vojtek, mit Sitz in Jilemnického 30, 036 01 Martin, Slowakische Republik, oder vor einem anderen von Dr. jur. Milan Vojtek, mit Sitz in Jilemnického 30, 036 01 Martin benannten Schiedsrichter oder Schiedsgericht auf dem Gebiet eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, gemäß dem in § 8 Absatz 1 des Schiedsgesetzes vorgesehenen Verfahren (vereinbartes Verfahren zur Ernennung eines Schiedsrichters), beilegen werden. Das Verfahren wird gemäß der slowakischen Rechtsordnung, der Verfahrensordnung des Schiedsgerichts ARBITRAGE (im Falle einer Entscheidung durch ein Schiedsgericht) oder gemäß der Verfahrensordnung schriftlich erfolgen (im Falle einer Entscheidung durch einen Schiedsrichter), die auf der Website www.arbitraz.sk veröffentlicht ist, und im Falle der handelsrechtlichen Streitigkeiten nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit (§ 31 Abs. 4 ZoRK) geführt. In den in § 22a ZoRK geregelten Fällen wird der Antrag der anderen Partei nicht zugestellt. Die Vertragsparteien werden sich der Entscheidung dieses Gerichts unterordnen, wobei die Entscheidung für die Vertragsparteien und Teilnehmer dieses Vertrages bindend ist.

2. Der Mandant und der Mandatar verpflichten sich, die gesetzlichen Bestimmungen der Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten einzuhalten, insbesondere die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (EU) 2016/679 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung, im Folgenden „DSGVO“)

PATRIOT

manažment pohľadávok

sowie das Gesetz Nr. 18/2018 Slg. zum Schutz personenbezogener Daten und zur Änderung und Ergänzung bestimmter Gesetze (im Folgenden „Gesetz“ genannt). Mit Vertragsabschluss erklären

sich die Vertragsparteien mit der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten ausschließlich zu Zwecken der Vertragsabwicklung im in diesen Geschäftsbedingungen festgelegten Umfang einverstanden. Die Einwilligung der Vertragsparteien zur Verarbeitung personenbezogener Daten gilt für die Dauer des Vertragsverhältnisses. Diese Einwilligung kann durch Übermittlung einer schriftlichen Mitteilung über den Widerruf der Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten an die andere Partei widerrufen werden. Die Einwilligung wird von der bevollmächtigten Person freiwillig, ernsthaft und bedingungslos für alle personenbezogenen Daten erteilt.

3. Der Mandatar haftet nicht für Schäden, die durch die Vorlage unrichtiger oder unvollständiger Unterlagen durch den Mandanten entstehen.

4. Änderungen und Ergänzungen des Vertrags oder der Geschäftsbedingungen bedürfen der schriftlichen oder elektronischen Form im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien.

5. Für Rechtsbeziehungen, die nicht durch den Vertrag und diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen geregelt sind, gelten die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und anderer Rechtsvorschriften der Slowakischen Republik.

6. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen treten am 15.06.2025 in Kraft.